



<https://biz.ii2vrg>

# BEDÜRFNISSE VON MENSCHEN MIT HANDICAP HÄUFIGER MITGEDACHT

Veröffentlicht am 02.12.2019 um 18:18 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Vor zehn Jahren hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Seitdem hat sich einiges getan, meint Sylvia Thiel, Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der Region Hannover. Doch der Weg zu einer vollständigen Teilhabe und Barrierefreiheit sei noch lang. Zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember hat sie Zwischenbilanz gezogen. "Unsere Gesellschaft befindet sich noch am Anfang des Prozesses, Barrieren abzubauen. Das ist nicht ungewöhnlich, wenn es um einen Paradigmenwechsel geht. Hier vollzieht sich ein gesellschaftlicher Wandel, der Zeit braucht", sagt Sylvia Thiel. Rund jeder Zehnte in der Region Hannover hat einen Grad der Behinderung von 50 Prozent oder mehr. Das geht aus den Zahlen des Statistischen Landesamts hervor: Zum Stand 31. Dezember 2017 waren rund 117.200 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 Prozent registriert. "Das heißt: Tatsächlich gibt es viel mehr Menschen mit Behinderung, da Personen ohne Schwerbehindertenausweis oder mit einem geringeren Grad der Behinderung statistisch nicht erfasst werden", stellt Thiel klar. Fortschritte sieht die Behindertenbeauftragte vor allem bei der Stadt- und Verkehrsplanung. "Die Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter und sehbehinderter Personen werden inzwischen viel stärker mitgedacht und physikalische Barrieren werden immer mehr beseitigt", resümiert sie. Das gilt auch für den ÖPNV: "In der Region Hannover gibt es sehr viele Anstrengungen, Stadtbahn- und Bushaltestellen so auszubauen, dass Menschen stufenlos ein- und aussteigen können: Jedes Jahr entstehen drei bis fünf neue Hochbahnsteige. Die Stadtbahnhaltestellen sind bereits zu 80 Prozent barrierefrei, die S-Bahn-Haltestellen sogar zu 100 Prozent. Und jedes Jahr werden 100 Bushaltestellen umgebaut." In anderen Bereichen gebe es hingegen noch viele Hürden: So fordert die Beauftragte für Menschen mit Behinderung, dass beim Bau öffentlicher Gebäude stärker auf Barrierefreiheit geachtet werden müsse. Das gelte auch für den Wohnungsbau. "Wir benötigen deutlich mehr barrierefreie Wohnungen, um gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu ermöglichen." In den Schulen mangelt es nach Einschätzung der Fachfrau häufig an räumlichen und personellen Ressourcen - ein Manko bei der Umsetzung der inklusiven Schule. Aber auch hier gebe es Positivbeispiele, die zeigen, dass Inklusion gelingen könne und bereits gelingt. "Ich bin der festen Überzeugung, dass es wenige Fälle gibt, für die eine Teilhabe nur in geringem Umfang möglich ist. Diese Fälle dürfen nicht der Gradmesser sein. Die Frage darf nicht lauten, wo die Grenzen der Inklusion liegen, sondern was benötigt wird, damit Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen gelingt", so Thiel. An die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossene Behindertenrechtskonvention erinnert ab Montag, 2. Dezember, eine Ausstellung im Regionshaus, Hildesheimer Straße 20, Hannover. In dem Verbindungsfur zum Altbau beschreiben Plakate mit Artikeln den Weg, der zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention führte, aber auch, was noch getan werden muss, damit Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen vollends der Vergangenheit angehören. Zu sehen ist die Ausstellung bis Anfang Januar 2020 montags bis donnerstags 8 bis 17 Uhr sowie freitags 8 bis 16 Uhr.